

**Technischer Ausschuss - öffentlichöffentlichöffentlichöffentlichöffentlichöffentlichöffentlichöffentlichöffentlichöffentlichöffentlichöffentlich - vom 20.02.2018**  
**1) TOP Bürgerfragen**

---

Seitens der Bürger wurden keine Fragen gestellt.

## 2) TOP 4-028/18 Rathaus II / Erweiterung und Fassadensanierung - Vorstellung Planungskonzept

---

Herr Bunse führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Unkel erläutert anschließend die Variante 1 (Fassadensanierung) anhand einer Power-Point- Präsentation.

Herr Hermann und Herr Mergenthaler stellen dann das Planungskonzept der Erweiterungsvariante anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

OB Pauly: Wenn schon die Sanierung des Bestands ca. 2,5 Millionen € koste, solle hier eher die große Lösung angestrebt werden.

Stadtrat Greiner: Beide Lösungen seien sowohl hinsichtlich der Kosten als auch inhaltlich sehr unterschiedlich. Grundsätzlich sei die Erweiterung gegenüber der bloßen Sanierung vorzuziehen. Ihm fehle jedoch eine Darstellung des Bedarfs an zusätzlichen Arbeitsplätzen. Zudem gebe es eine Vielzahl von nutzbaren Immobilien in der Stadt. Es sei zu klären, welche Immobilien als Arbeitsplätze für die Stadtverwaltung nutzbar wären und welche Immobilien gegebenenfalls abgegeben werden könnten, um die vorliegende Maßnahme zu finanzieren. Er bitte darum, dies als nächstes zu untersuchen.

OB Pauly: Er gehe momentan nicht davon aus, dass auch bei einer Umsetzung der Erweiterung Immobilien abgegeben werden könnten.

Stadtrat Vetter: Die Erweiterung verursache erheblich höhere Kosten, habe aber auch einen deutlichen Mehrwert, zumal bei einer Sanierung nur der Bestand erhalten bleibe. Er sei ebenfalls der Ansicht, dass ein Nutzungskonzept für die weiteren Überlegungen sehr hilfreich sei. Grundsätzlich solle man aber im Hinblick auf die Nutzbarkeit der Erweiterung nähertreten.

Zudem spiele für ihn auch die städtebauliche Seite eine Rolle; hier sehe er ebenfalls einen großen Mehrwert durch die Erweiterung. Insbesondere auch in Anbetracht des Neubaus der Realschule seien aber natürlich die Kosten problematisch. Dennoch sei er der Ansicht, dass man einen mutigen Schritt in die Zukunft wagen und die Erweiterung weiterverfolgen solle.

Stadtrat Durler: Man begeben sich hier auf eine Gratwanderung: Zum einen habe die Erweiterung einen hohen Nutzwert, zum anderen seien aber die Kosten erheblich. Er sei der Ansicht, dass man auch in Betracht ziehen müsse, Teile der Verwaltung in die denkmalgeschützten Gebäude auf dem Konversionsgelände am Hindenburgring auszulagern. Ohne dass dies untersucht worden sei, könne man aus seiner Sicht hier keine Entscheidung treffen. Er bitte daher darum, den Beschlussvorschlag Ziffer 2 zu streichen und zu verschieben, bis die angesprochenen Fragen untersucht worden seien.

Stadtrat Kaiser: Für die Variante 1 sprächen im Ergebnis nur wirtschaftliche Gründe. Es sei bei dieser Variante keinerlei Mehrwert vorhanden, sodass man dieser eigentlich nicht zustimmen könne. Demgegenüber biete die Erweiterung einen echten Mehrwert. Die geschätzten Kosten von knapp 6,9 Millionen € seien aber voraussichtlich nicht das Ende; insbesondere im Altbestand seien mutmaßlich noch weitere Arbeiten erforderlich. Er bitte darum, dass man hier konsequent und ehrlich die Gesamtkosten berechnen solle. Insgesamt tendiere er stark zur Erweiterung, vor einer abschließenden Entscheidung solle das Konzept aber noch besser im Detail ausgearbeitet werden. Dies betreffe insbesondere die Gesamtkosten, den Bedarf an Arbeitsplätzen sowie auch den Bedarf an Archivfläche.

Stadtrat Wild: Es sei natürlich ein reizvoller Gedanke, an dieser exponierten Stelle ein zentrales Verwaltungsgebäude zu schaffen. Die vorgestellte Erweiterung habe auch einen erheblichen Mehrwert. Es müsse jedoch geklärt werden, ob tatsächlich ein Bedarf für eine solche Zahl an zusätzlichen Arbeitsplätzen bestünde. Seine Tendenz gehe in Richtung Erweiterung, es sollten jedoch vor einer Entscheidung zunächst weitere Informationen geliefert werden.

OP Pauly: Man werde heute bestimmt nicht abschließend über diesen Punkt entscheiden können. Man habe jedoch aus der heutigen Sitzung eine Tendenz mitnehmen wollen, in welche Richtung weiter vorgegangen werden solle. Dies habe in Anbetracht der bisherigen Wortmeldungen auch funktioniert.

BM Kaiser: Das Gebäude sei vor 25 Jahren zu einem guten Preis erworben und anschließend für 500.000,00 DM saniert worden. Man müsse sich nun überlegen, in welche Richtung sich die Stadt zukünftig bewegen soll, insbesondere auch im Hinblick auf die Attraktivität eines Arbeitsplatzes bei der Stadtverwaltung. Es sei an der Zeit, einen mutigen Schritt in die Zukunft zu wagen. Eine zentrale Verwaltung in der Mitte der Stadt sei deutlich attraktiver und auch für die Bürger besser erreichbar. Zudem habe es erhebliche Vorteile hinsichtlich der Vermeidung von Reibungsverlusten, wenn die Verwaltung kompakt untergebracht sei. Natürlich könne man Teile der Verwaltung in das Konversionsgelände auslagern, darunter würde aber die Attraktivität deutlich leiden. Er bitte daher darum, die Bestandssanierung auszuschließen. Man werde dann die aufgeworfenen Fragen untersuchen.

Herr Bunse: Bei den Geschäften in der Innenstadt gebe es erhebliche Leerstände. Die Stadt müsse einen Beitrag leisten, um die Innenstadt zu beleben und attraktiv zu halten und dadurch auch den Einzelhandel zu stärken.

Stadtrat Vetter: Im Rahmen der bisherigen Wortmeldungen sei noch nicht thematisiert worden, dass auch eine teilweise Auslagerung der Verwaltung nicht umsonst wäre, sondern ebenfalls Geld kosten würde. Zudem entgingen der Stadt bei einer Auslagerung auch Einnahmen in Form von Miete. Bei einer Aufteilung der Verwaltung gebe es zudem Reibungsverluste. Schließlich leide auch die Bürgerfreundlichkeit unter einer Auslagerung.

Stadtrat Durler: Er wolle sich der Erweiterung gar nicht verschließen, er wolle jedoch zuvor die angesprochenen weiteren Fragen geklärt haben.

Stadtrat Kaiser: Auch bei einer provisorischen anderweitigen Unterbringung während der Sanierungs-/Erweiterungsarbeiten würden erhebliche Kosten entstehen, da auch eine entsprechende Infrastruktur geschaffen werden muss. Er bitte darum, auch dies bei den weiteren Untersuchungen zu berücksichtigen.

Stadtrat Greiner: Die Vorteile der Erweiterung lägen auf der Hand. Es müsse jedoch auch untersucht werden, ob der Erweiterungsbau nicht teilweise leer stünde. Daher sollte geklärt werden, ob und wie die zusätzlichen Arbeitsplätze durch die Erweiterung auch tatsächlich genutzt würden.

Beschluss:

1. Die Planungskonzepte für die Erweiterung und Fassadensanierung des Rathauses II werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Variante 1 (Bestandssanierung) soll aktuell nicht weiterverfolgt werden.

(Einstimmig)

### 3) TOP 4-029/18 Hindenburgring - Umgestaltung

---

Herr Bunse führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Purschke erläutert die durchgeführten Untersuchungen anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Der Verkehrsfluss bei der Druckknopfampellösung wird anhand einer Computersimulation dargestellt.

OB Pauly: Er halte eine Lösung durch eine Über- bzw. Unterführung sowie durch einen Kreisverkehr nicht für tragfähig. Durch die Simulation sei zudem geklärt, dass der Verkehrsfluss auch bei Installation einer Druckknopfampelanlage funktioniere. Aus seiner Sicht sollte daher diese Variante umgesetzt werden.

Stadtrat Greiner: Die Untersuchung habe klar ergeben, dass eine Lösung über Kreisverkehre nicht sachgerecht sei. Dass eine Über- bzw. Unterführung nicht tragfähig sei, sei aus seiner Sicht bereits im Vorfeld klar gewesen. Im Ergebnis sei eindeutig, dass die Ampellösung weiterverfolgt werden müsse.

Stadtrat Wild: Die Ergebnisse der Präsentation seien eindeutig und nachvollziehbar; jetzt sollten diese auch akzeptiert werden. Er habe Bedenken gehabt, ob die Lösung über eine Druckknopfampel funktioniere. Dies sei nun durch die Präsentation geklärt. Dennoch stelle sich ihm die Frage, ob eine Druckknopfampel überhaupt notwendig sei. Dies wolle er noch einmal zur Diskussion stellen. Er sehe jedoch ohnehin das größte Defizit des Verkehrskonzepts im Bereich der Bahnhofstraße. Hier sollten noch weitere Untersuchungen stattfinden. Der Sitzungsvorlage werde er gerne zustimmen.

Stadtrat Kaiser: Die Präsentation habe gut dargestellt, dass eine Über- bzw. Unterführung nicht funktioniert. Er sei jedoch trotz der Simulation skeptisch, dass eine Ampellösung an den Kreuzungen der Friedhofstraße und Villingen Straße funktioniere. Nach wie vor sei er überzeugt, dass es auch eine andere Lösung gebe. Denkbar sei eine Lösung über den bestehenden Kreisverkehr an der Dürheimer Straße, einen neuen Kreisverkehr an der Villingen Straße sowie eine Ampel an der Friedhofstraße. Damit diese Lösung funktioniere, müssten die Kreisverkehre vom Fußgänger- und Radfahrerverkehr entlastet werden, der dann konzentriert über die Friedhofstraße geführt werden müsste. Dies wäre über eine Einbahnstraßenlösung möglich, das Konversionsgelände müsste dann über die Friedhofstraße erschlossen werden. Diesen Vorschlag wolle er gerne in die Diskussion einbringen.

Stadtrat Vetter: Es sei bereits vorher klar gewesen, dass eine Über- bzw. Unterführung nicht funktionieren werde. Auch eine Regelung des Verkehrs über Kreisverkehre sei nicht tragfähig, da diese bei den hier vorliegenden Verkehrsaufkommen nicht mehr leistungsfähig seien. Auch er stelle sich die Frage, ob eine Druckknopfampel wirklich erforderlich sei. Bei einer Distanz von 200 m zwischen zwei Ampeln betrage der maximale Weg für einen Fußgänger 100 m. Bei der geringen zu erwartenden Zahl an Nutzungen könne man daher eine Quermöglichkeit zwischen den beiden Ampeln entfallen lassen.

Stadtrat Erndle: Er nutze diese Strecke täglich. Gerade deshalb sei es schwierig für ihn, den Erläuterungsbericht nachzuvollziehen. Bereits jetzt gebe es trotz einer idealen Taktung der Ampeln Probleme. Bei dem prognostizierten Mehrverkehr könne er sich nicht vorstellen, dass dies funktioniere. Er akzeptiere aber das Ergebnis der Untersuchung. Dennoch sehe er die geplante Druckknopfampel als Problem an, da diese den Verkehr ausbremse. Er schlage daher eine Änderung des Beschlussvorschlags Ziffer 2 dergestalt vor, dass erst nach der

Erschließung des Konversionsareals darüber entschieden werden solle, ob eine sichere Querung über eine Druckknopfampel errichtet werden solle.

Stadtrat Greiner: Er könne grundsätzlich mit einer späteren Realisierung der Druckknopfampel leben. Dies gelte jedoch nur, wenn die spätere Realisierung keine zusätzlichen Kosten gegenüber der sofortigen Realisierung verursache.

Stadträtin Weishaar: Das Ergebnis der Untersuchung sei völlig eindeutig. Sie könne die weiteren Diskussionen über eine Kreisverkehrslösung nicht nachvollziehen. Es könne keinen Zweifel geben, dass die vorgeschlagene Lösung weiterverfolgt werden müsse. Ihr fehle jedoch noch eine Erläuterung über die Leitung des Radfahrerverkehrs.

Stadtrat Bäurer: Er könne einer Lösung über eine Druckknopfampel nicht zustimmen. Trotz des Untersuchungsergebnisses könne er sich nicht vorstellen, dass diese nicht zu Verzögerungen führen würde.

Stadtrat Wagner: Es sei bisher nicht zur Sprache gekommen, ob bei der Untersuchung auch berücksichtigt wurde, dass sich im weiteren Verlauf des Hindenburgrings ein Kreisverkehr befindet oder ob dies ausgeblendet worden sei. Zudem stelle er sich die Frage, ob die Lösung über eine Ampelanlage auch tatsächlich sicher sei. Er sehe insbesondere die Problematik, dass Schulkinder möglicherweise nicht warten, bis die Ampel grün anzeigt. Schließlich stelle sich im Hinblick auf eine mögliche Über- bzw. Unterführung die Frage, ob diese tatsächlich barrierefrei ausgeführt werden müsse, wenn in 100 m Entfernung eine Ampel vorhanden sei.

OB Pauly: Nach dem städtebaulichen Entwurf des Konversionsareals ziehe sich ein Grünstreifen vom nördlichen Ende des Areals bis zum südlichen Ende in der Mitte durch. Dies führe dazu, dass Fußgänger aus dem Konversionsareal im Bereich zwischen den beiden denkmalgeschützten Gebäuden am Hindenburgring herauskämen. Aus diesem Grund müsse dort auch eine sichere Querung ermöglicht werden. Er sei davon überzeugt, dass man diese Ampel brauchen werde, wenn das Konversionsareal vollständig erschlossen ist.

Herr Purschke: Eine Lösung mit lediglich einem Kreisverkehr an der Kreuzung Villinger Straße funktioniere aus seiner Sicht nicht, da dieser Kreisverkehr auch ohne den Fußgängerverkehr bereits überlastet sei. Die geplante Druckknopfampel verursache lediglich geringe Kosten, habe aber einen erheblichen Mehrwert. Zudem betrage die Wartezeit für Fußgänger dort durchschnittlich lediglich 16 Sekunden. Eine Radfahrerführung auf dem Hindenburgring sei aufgrund der Verkehrsbelastung nicht sinnvoll. Hier sollte der Radfahrerverkehr sinnvollerweise über die Laßbergstraße oder über die Pfaffenhoffenstraße geführt werden. Der Kreisverkehr an der Dürzheimer Straße sei bei der Simulation nicht berücksichtigt worden; man habe hier einen Schnitt machen müssen, da man nicht den gesamten städtischen Verkehr einbeziehen konnte.

BM Kaiser: Der Kreisverkehr an der Dürzheimer Straße habe einen anderen Verkehrsfluss und sei in alle Richtungen ausgeglichen belastet. Daher funktioniere dieser Kreisverkehr anders als potenzielle Kreisverkehre an den Kreuzungen Friedhofstraße und Villinger Straße, die einseitig belastet und aus diesem Grund nicht leistungsfähig wären.

Stadtrat Wild: Die Fußgänger, die aus dem Konversionsgelände kämen, müssten entweder nach links oder nach rechts, nicht aber geradeaus weiter. Daher sehe er durch eine Druckknopfampel zwischen den beiden bestehenden Ampelanlagen keinen Mehrwert.

OB Pauly: Er bitte dennoch darum, dem Verwaltungsantrag zuzustimmen, um hier ein Gesamtkonzept aufstellen zu können. Ansonsten wären gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt erneute Baumaßnahmen erforderlich. Dies wolle man verhindern.

Beschluss:

1. Der Technische Ausschuss stimmt dem Umbau des Hindenburgrings mit zusätzlichen Abbiegespuren und zwei vollbeampelten Kreuzungen an den Knotenpunkten Hindenburgring / Villingen Straße und Hindenburgring / Friedhofstraße zu.

(5 Enthaltungen)

2. Sobald der südliche Teil des Konversionsbereiches erschlossen wird (2020 ff.), soll entschieden werden, ob eine sichere Querung der Fußgänger über eine Druckknopfampel errichtet wird.

(6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

#### 4) TOP 4-021/18 Busbahnhof - Vorstellung der Überlegungen zur Neugestaltung

---

Herr Bunse führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Purschke erläutert die Planungen anhand einer PowerPoint-Präsentation

Stadtrat Greiner: Aufgrund der besseren Nutzbarkeit werde er für die Variante 3 stimmen.

Stadtrat Kaiser: Variante 1 scheidet aufgrund der schlechten Ein- und Ausfahrmöglichkeiten aus. Von den nun zur Debatte stehenden Möglichkeiten sei einzig die Variante 3 zustimmungsfähig. Er hätte jedoch die bereits ausgeschiedene Variante 2 für die beste Lösung gehalten. Er plädiere zudem dafür, dass die Verwaltung weiterhin die Zukunft des Relaisgebäudes im Auge behalte, da dieses einen deutlichen Fremdkörper darstelle.

#### Beschluss:

1. Die Variante 3 soll für die behindertengerechte Umgestaltung des Busbahnhofes weiter verfolgt werden.
2. Zuschussanträge sind auf der Grundlage dieser Variante rechtzeitig zu stellen.
3. Wegen der Zukunft des Relaisgebäudes ist bei der Fortführung der Planungen rechtzeitig mit der DB AG Kontakt aufzunehmen.

(Einstimmig)

## 5) TOP 4-024/18 Brigach- / Bregzusammenfluss, Auepark Donauursprung - Vorstellung Planung

---

OB Pauly führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Seng stellt die Planung anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Frau Reichegger erläutert anschließend noch einmal die im Rahmen der PowerPoint-Präsentation vorgestellte Variante 1a der Bregführung und bittet um Zustimmung zu dieser Variante, da diese gestalterisch besser sei.

BM Kaiser: Die große Variante 1a sei in einem Vorgespräch von der Verwaltung abgelehnt worden. Man habe bewusst die kleine Variante 1b zur Abstimmung bringen wollen, da diese weniger in die Flächen des Sportzentrums eingreifen. Daher halte man diese für die bessere Variante. Es sei im Übrigen ein einmaliger Vorgang, dass eine bereits ausgeschiedene Variante seitens des Regierungspräsidiums einem Gremium der Stadt vorgestellt werde, um entgegen der Absprache mit der Stadtverwaltung diese Variante zur Abstimmung zu bringen.

OB Pauly: Eine Abstimmung über eine Variante, die den Mitgliedern des Gremiums nicht vorliegt, sei nicht möglich, daher könne heute nur über die Variante 1b abgestimmt werden.

Stadtrat Greiner: Auch er sei der Ansicht, dass nicht über die Variante 1a entschieden werden könne. Die Variante 1b gefalle ihm sehr gut und entfalte einen gewissen Charme. Er sei jedoch erstaunt darüber, dass seitens des Fürstenhauses zukünftig auf die Wasserkraftnutzung verzichtet werde. Diesbezüglich würde ihn interessieren, ob dieser Verzicht freiwillig erfolgt oder zwangsweise geschieht. Er begrüße den Verzicht überhaupt nicht, auf diese Weise könne die angestrebte Energiewende nicht gelingen. Wenn schon ein Verzicht auf die Wasserkraftnutzung erfolge, sei er allerdings dafür, das Wehr abzureißen, anstatt dieses funktionslos bestehen zu lassen.

Stadtrat Wild: Das bisherige Konzept sei gut weiterentwickelt worden, er begrüße die Lösung. Zudem begrüße auch er den Verzicht auf das Wehr, da dieses defekt sei und immer wieder zu Überschwemmungen geführt habe.

Stadtrat Kaiser: Es handle sich um ein sehr aufwendiges Projekt, das konsequent weiterverfolgt werden sollte. Man dürfe hier nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Er halte die Variante 1a für die bessere Lösung. Darüber könne heute zwar nicht abgestimmt werden, von der Sache her sei dies allerdings die beste Lösung.

Stadtrat Vetter: Aus seiner Sicht sei entscheidend, ob die Flächen im Sportzentrum noch benötigt würden. Wenn dem so sei, stelle die Variante 1b eine gute Lösung dar. Sofern die Flächen allerdings nicht benötigt würden, sei natürlich die Variante 1a die bessere Lösung.

BM Kaiser: Momentan gebe es keine konkreten Anforderungen hinsichtlich der Flächen auf dem Sportzentrum. Es sei aber abzusehen, dass diese Flächen in Zukunft benötigt würden.

Stadtrat Erndle: Er sei froh, dass endlich die Naturrierung angegangen wird. Ihn würde jedoch interessieren, was mit dem dort befindlichen Kunstwerk passieren soll. Aus seiner Sicht sollte bei den Planungen auf das Sportzentrum Rücksicht genommen werden. Durch eine Umsetzung der Variante 1a würde man sich viel verbauen. Zudem würden durch den bei der Variante 1b erforderlichen Brückenbau auch die Vereine unterstützt. Daher sollte dieser Variante zugestimmt werden.



Herr Bunse: Es handle sich hier um ein Gewässer erster Ordnung, für das die Stadt Donaueschingen nicht zuständig sei. Zudem stehe das Wehr unter Denkmalschutz. Aus diesem Grund gebe es Diskussionen über die Zukunft des Wehrs zwischen dem Landesamt für Denkmalpflege und dem Regierungspräsidium. Die Stadt sollte sich hier heraushalten. Der zukünftige Ort für das Kunstwerk sei noch offen.

Frau Reichegger: Ohne den Verzicht auf die Nutzung der Wasserkraft wäre die Planung der Gesamtmaßnahme deutlich problematischer gewesen. Dennoch sei der Verzicht auf die Nutzung letztlich eine Entscheidung des Fürstenhauses gewesen, der seitens des Regierungspräsidiums nicht beeinflusst worden sei. Die Erhaltung des Wehrs wiederum sei durch das Landesamt für Denkmalpflege entschieden worden, dass das Wehr als ein erhaltenswertes Denkmal eingestuft habe.

Beschluss:

1. Der Sperrung der Prinz-Fritzi-Allee wird zugestimmt mit dem Vorbehalt, dass das Land Baden-Württemberg als Ersatz eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke über die Breg finanziert und baut.
2. Dem vorgestellten Planungsentwurf wird zugestimmt.

(2 Enthaltungen)

## **6) TOP 4-026/18 Flächenmanagement / Demografiebericht Donaueschingen**

---

Der Tagesordnungspunkt wird zu Beginn der Sitzung durch Herrn Oberbürgermeister Pauly von der Tagesordnung genommen. Herr Fleig, der den Demografiebericht erläutern sollte, sei erkrankt, sodass die Vorstellung nicht erfolgen könne. Der Punkt werde in der nächsten Sitzung behandelt werden.

## 7) TOP 4-023/18 Bebauungsplan "Mühlwiesenanger" - Offenlegungsbeschluss

---

Herr Bunse führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert einige gegenüber der Sitzungsvorlage noch vorgenommene Änderungen:

### Planungsrechtliche Festsetzungen:

1.2.1: die Zulässigkeit von Anlagen für gesundheitliche Zwecke wird gestrichen.

11.1: Statt einer zwei- bis drei-reihigen Feldhecke ist eine Obstbaumreihe wie im Plan eingezeichnet zu pflanzen.

### Örtliche Bauvorschriften:

3.: Die Zulässigkeit von Stützmauern wird auf eine Höhe von maximal 0,5 m begrenzt.

### Beschluss:

Der öffentlichen Auslegung des Entwurfs nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes „Mühlwiesenanger“ wird zugestimmt.

(2 Enthaltungen)

**8) TOP 4-027/18 Friedrich-Ebert-Straße in Donaueschingen / Straßenausbau mit  
Neubau Rad- und Gehweg - Vorstellung Planung**

---

Herr Bunse stellt die Planung vor

(auf Frage von Stadtrat Bäurer): Die Fahrbahnbreite werde in etwa gleichbleiben.

BM Kaiser: Man befinde sich auch derzeit in Abstimmungen mit der Stadt Hüfingen wegen des weiteren Ausbaus.

Beschluss:

Die Planung wird zur Kenntnis genommen.

(Einstimmig)

**9) TOP 4-022/18 Friedrich-Ebert-Straße in Donaueschingen / Straßenausbau mit  
Neubau Rad- und Gehweg - Vergabe Ingenieurhonorar Verkehrsanlagen**

---

Beschluss:

Das Ingenieurbüro BIT Ingenieure AG, Donaueschingen, wird mit der Planung, örtlichen Bauleitung und Bauvermessung auf Grundlage der HOAI beauftragt.

(1 Enthaltung)

## 10) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

---

Stadtrat Erndle: Es werde ja immer davon geredet, dass man die langfristige Entwicklung im Auge haben und zukunftsorientiert planen solle. Daher werde er nun einen visionären Vorschlag machen. Aus seiner Sicht sei es sinnvoll, die L 180 zukünftig unterirdisch in einem Tunnel zu führen, dies etwa vom Kaiserkreisel an bis zur Hermann-Fischer-Allee. Dadurch könne die nördliche Stadt besser an die Kernstadt angeboten werden. Es handle sich hierbei um eine visionäre Idee für die Zukunft, die vielleicht erst in 20 Jahren oder später verwirklicht würde. Dennoch halte er es für sinnvoll, diesbezüglich mal einen Antrag beim Land zu stellen.

OB Pauly: Er sei zwar skeptisch hinsichtlich der Erfolgsaussichten eines solchen Antrags, man werde die Anregung jedoch mitnehmen.